

Mainz, 18.09.2015

Antrag 1673/2015 zur Sitzung Stadtrat am 30.09.2015

Kein Fracking in Mainz (FW-G)

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Mainz erklärt sich zur „frackingfreien Stadt“ und spricht sich damit gegen Fracking und für eine konsequente Umsetzung der Energiewende aus.

Die Stadt Mainz wird Teil eines Zusammenschlusses von Gemeinden, Städten und Landkreisen, die ihren Protest gegen den Einsatz der Fracking-Technologie in Deutschland als „Frackingfreie Gemeinden“ gemeinsam Ausdruck verleihen.

Begründung:

Fracking ist ein Verfahren, mit dem sich Erdgas, Erdöl oder Kohleflözgas aus undurchlässigem Gestein lösen lassen. Dazu werden mittels Bohrungen und hohem Druck ein Gemisch aus Wasser, Quarzsand oder Keramik Kügelchen und Chemikalien in die gas- oder ölführenden Gesteinsschichten gepresst. Der Flüssigkeitsmix, dessen Druck und die hohe Temperatur in der Erde sorgen dafür, dass das Gestein durchlässig wird. Der eingesetzte Chemikalienmix ist teilweise jedoch hochgiftig. Seine Zusammensetzung unterliegt keiner Veröffentlichungspflicht. Gutachter sind bei der Beurteilung der eingesetzten Stoffe auf freiwillige Auskünfte von Herstellern angewiesen. Das ist keine unabhängige und belastbare Prüfung! Durch das Fracking werden auch grundwasserführende Schichten durchstoßen. Es steht zu befürchten, dass die giftige Flüssigkeit durch Risse unkontrolliert in die Grundwasserschichten eindringen und so das Trinkwasser vergiften kann. Sorge bereitet zudem, dass der an der Bohrstelle zurückgewonnene Chemikalienmix (Flowback) in behördlich zugelassenen Versenkbohrungen in bis zu 700 Metern Tiefe gepresst wird. Dieses Flowback muss vor der Verpressung zudem an der Oberfläche gereinigt werden. Es ist aber völlig unklar, ob das in den bestehenden Kläranlagen überhaupt geleistet werden kann.

Für den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) steht deshalb fest: „Fracking ist eine Hochrisikotechnologie, die mit nicht verantwortbaren Eingriffen in die Natur verbunden ist und die Lebensqualität stark beeinträchtigt – etwa durch Verschmutzungen des Grund- und Trinkwassers durch verpresste Abwässer, Bohr- und Transportunfälle, Verseuchung der Böden durch Leckagen in den Rohrleitungssystemen, Flächenversiegelung, erhöhtes LKW-Verkehrsaufkommen und damit einhergehende Infrastrukturbelastung sowie zunehmende Lärm- und Schadstoffbelastungen an Förderplätzen und Zufahrtswegen. Die Ausbeutung von Erdgaslagerstätten durch Fracking hat keinen nachhaltigen gesellschaftlichen Nutzen. Stattdessen müssen die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde die Gefahren und Folgekosten der Fracking-Technologie tragen.“

Um gemeinsam ein Zeichen gegen Fracking zu setzen, haben BUND, DNR, Nabu, das Umweltinstitut München und Powershift die Gemeinschaftsaktion "Frackingfreie Gemeinde" ins Leben gerufen. Knapp 2.200 Kommunen und Städte in Deutschland sprechen sich bisher gegen Fracking aus und haben Resolutionen gegen die Fördermethode verabschiedet. (Stand: März 2015).

Der Tenor dieses Antrages entstammt eben dieser Kampagne und ist zu finden unter

„http://www.bund.net/themen_und_projekte/klima_und_energie/kohle_oel_und_gas/fracking/frackingfreie_gemeinde/“

Mehler, Kurt